

„Es geht auch um Lebensperspektiven“

Der Rückgang bei den Flüchtlingszahlen ist augenfällig: In Neustadt sind in den ersten beiden Monaten des Jahres genau elf neue Asylbewerber angekommen. Unterdessen sinkt bei der zweitgrößten Gruppe, den Afghanen, die Anerkennungsquote. Das sorgt für Unruhe und beschäftigt auch die Gerichte.

VON KATHRIN KELLER

Die Zeiten, in denen mehrmals pro Monat in Neustadt Busse mit Flüchtlingen ankamen, sind vorbei. Derzeit treffen nur noch wenige neue Asylbewerber ein. Rein rechnerisch sind es 0,19 pro Tag, in den „Hochzeiten“ 2015 waren es zehnmal so viele. Von den 778 Asylbewerbern, die in der Stadt leben, sind 116 Afghanen. Und in dieser Gruppe herrscht wachsende Angst.

„Die Community ist in Aufruhr“, erzählt Ulrike Gauglitz, Vorsitzende des Vereins Arbeitskreis Asyl. Die Quote der Ablehnungen steige. Davon seien Menschen betroffen, die bereits gut integriert seien. „Da werden junge Männern abgelehnt, die fließend deutsch sprechen, ihre Orientierungskurse bestanden und Arbeit im Handwerk gefunden haben“, sagt Gauglitz.

Ohne Schutzstatus gibt es keine Sprachkurse für Asylbewerber.

Den offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zufolge lag die Schutzquote für Flüchtlinge aus Afghanistan im vergangenen Jahr bei 55,8 Prozent, in den beiden ersten Monaten dieses Jahres bei 44,6 Prozent. Der Rückgang und die daraus resultierende Unruhe beschäftigt nicht nur Flüchtlingshelfer, sondern auch Gerichte und Anwälte.

„Täglich kommen Anrufe, wir kommen gar nicht mehr nach“, sagt beispielsweise Shabana Khan, Rechtsanwältin aus Neustadt, die auf Asylrecht spezialisiert ist. Khan zufolge sind die Erfolgsaussichten bei Gericht in vielen Fällen gut. Die Bescheide des Bamf seien oft fehlerhaft und wirkten „rausgehauen“. Allerdings dauere es etwa ein Dreivierteljahr, einen Termin bei Gericht zu bekommen. „Da stapeln sich die Verfahren.“

Die Rechtsanwältin, die selbst Flüchtlingskind ist und die Landessprache mehrerer Asylherkunfts-

länder spricht, sieht den Grund für die Entwicklung in der Politik. Das bestätigten auch Mitarbeiter des Bamf. Bestimmte Asylgründe, die noch vor einem Jahr anerkannt worden seien, zählten nicht mehr. „Da kommt Druck von oben“, sagt Khan.

Derzeit werden Afghanen in Rheinland-Pfalz allerdings nicht abgeschoben, auch wenn ihr Asylbegehren abgelehnt worden ist. Dennoch: Die Ablehnung hat Auswirkungen. Zum einen ist die Angst da, dass Rheinland-Pfalz den Abschiebestopp auf längere Sicht nicht aufrecht erhalten kann. Schließlich starten aus anderen Bundesländern regelmäßig Abschiebeflüge nach Afghanistan. Zum anderen sind die Geflüchteten von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen. „Ohne Schutzstatus dürfen die Menschen nicht an Sprachkursen teilnehmen“, erklärt Khan.

Ein Punkt, der auch Sozialdezernent Ingo Röthlingshöfer (CDU) Sorge macht. „Ich kann die Unruhe verstehen, es geht ja um Lebensperspektiven“, sagt er. Röthlingshöfer sieht Abschiebungen nach Afghanistan generell kritisch. Wie in dem Bürgerkriegsland von sicheren Regionen gesprochen werden könne, verstehe er nicht, so Röthlingshöfer. Darüber hinaus ist er der Meinung, dass die Kommunen ein Instrumentarium bräuchten, um gut integrierten Menschen eine Bleibeperspektive geben zu können – unabhängig vom Asylverfahren.

In den Härtefallkommissionen wünscht Röthlingshöfer sich „ein bisschen mehr Flexibilität“. Diese Kommission, die in Rheinland-Pfalz aus elf Mitgliedern besteht, prüft in Einzelfällen, ob ein Ausreisepflichtiger wegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe in Deutschland bleiben darf. Flüchtlingshelferin Ulrike Gauglitz stimmt Röthlingshöfer zu. Die Erfahrungen von zwei Familien aus Neustadt zeige, dass in der Kommission zunehmend eine härtere Linie durchgesetzt werde. Nach Meinung Gauglitz' hängt das mit der anstehenden Bundestagswahl zusammen.



Auch wenn geflüchtete Afghanen zurzeit in Rheinland-Pfalz nicht abgeschoben werden, wächst in der Gruppe die Zukunftsangst. Denn immer mehr Afghanen erhalten keinen Schutzstatus. Abschiebungen in das Bürgerkriegsland sind umstritten. Ende März gab es eine Demonstration dagegen vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Berlin.

FOTO: DPA

Zur Sache: Wohnsituation für Geflüchtete

Geflüchtete, deren Asylverfahren noch offen ist, werden von der Stadtverwaltung untergebracht. Aufgrund der hohen Zuweisungszahlen 2015 hat die Stadt dafür Gebäude teils gekauft, teils gebaut, teils gemietet. Zurzeit sind nach Auskunft der Verwaltung in den Gemeinschaftsunterkünften nicht alle Plätze belegt. Da die Zahlen jedoch auch wieder steigen könnten, will die Stadt weiterhin ausreichend Kapazitäten bereit halten.

In Planung sind zwei Gebäude in der Böhlstraße. Das vorgesehene

Gelände wurde bereits gerodet, die Ausschreibung der Arbeiten wird gerade vorbereitet. Damit sollen Wohnungen im GDA-Wohnstift ersetzt werden, die ab Ende 2018 nicht mehr zur Verfügung stehen, da dort dann mit Renovierungsarbeiten begonnen wird.

Anders ist die Wohnsituation bei Flüchtlingen mit Schutzstatus. Diese werden nicht von der Stadt, sondern vom Jobcenter betreut und müssen eine Wohnung finden, deren Miete von dieser Behörde genehmigt wird. Nach Angaben des

Arbeitskreises Asyl wird das immer schwieriger. Teilweise blieben die Menschen mangels Alternative in der Gemeinschaftsunterkunft.

Die Arbeitskreis-Vorsitzende Ulrike Gauglitz ist der Meinung, dass die vom Jobcenter genehmigten Quadratmeterpreise „dringend“ angehoben werden müssten. Zudem appelliert Gauglitz an die Öffentlichkeit, mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Viele Wohnungen und Häuser stünden leer, weil die Eigentümer nicht an Flüchtlinge vermieten wollten. |kk